



STAATSKANZLEI

Verantwortlich (i.S.d.P.)

Andrea Bähler
Sprecherin der Landesregierung
Telefon 06131 16-4720
Telefax 06131 16-4091

Almut Rusbüldt
Stellvertretende Sprecherin
der Landesregierung
Telefon 06131 16-4697
Telefax 06131 16-4666

Giuseppe Lipani
Stellvertretender Sprecher
der Landesregierung
Telefon 06131 16-5701
Telefax 06131 16-4666

pressestelle@stk.rlp.de

Peter-Altmeier-Allee 1
55116 Mainz

Mainz, 8.11.2018

www.rlp.de

Trinationaler Frauenkongress der Oberrheinkonferenz

Staatssekretärin Heike Raab: An der Gleichberechtigung müssen wir weiter arbeiten

„100 Jahre Frauenwahlrecht - und doch sind Frauen in politischen Gremien oft noch unterrepräsentiert. Eine echte Parität, also ein zum Bevölkerungsanteil von Frauen gleichwertiger Anteil in politischen Gremien ist unser gemeinsames Ziel in Europa“, erklärte die Europabevollmächtigte des Landes Rheinland-Pfalz, Staatssekretärin Heike Raab anlässlich des ersten Trinationalen Frauenkongresses der Oberrheinkonferenz in Straßburg. „Wir wollen die politische Partizipation von Frauen fördern und unter rheinland-pfälzischer Präsidentschaft der Oberrheinkonferenz trinational zum Thema zu machen.“

In Deutschland, Frankreich und der Schweiz erhielten Frauen erst im 20. Jahrhundert das Recht zu wählen. 1918 wurde in Deutschland als erstem dieser drei Länder das Frauenwahlrecht eingeführt. Frankreich folgte im Jahr 1944. In der Schweiz war 1959 der Kanton Waadt der erste, der das Frauenwahlrecht einführt. Der letzte war 1990 nach einer Entscheidung des Bundesgerichts der Kanton Appenzell Innerrhoden. Anlässlich des hundertjährigen Jubiläums des Frauenwahlrechtes in Deutschland hatte das Frauennetzwerk der Oberrheinkonferenz den Trinationalen Kongress zur Frauenpolitik in Straßburg organisiert.

„Großartige und mutige Frauen haben vor 100 Jahren bis heute erfolgreich für das Wahlrecht, für Freiheitsrechte und gegen gesellschaftliche Zwänge und Unterdrückung



PRESSEDIENST

STAATSKANZLEI
Mainz, 8.11.2018

gekämpft. Wir haben dabei erhebliche Fortschritte gemacht. Rheinland-Pfalz ist ein starkes Land mit starken Frauen in Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft. Trotzdem zeigen uns zahlreiche Beispiele immer wieder, dass wir weiter daran arbeiten müssen, die Gleichstellung von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen umzusetzen“, bekräftigte Staatssekretärin Heike Raab.

Die Beteiligung von Frauen in der Politik stellt sich aktuell recht unterschiedlich dar: In Rheinland-Pfalz führt mit Malu Dreyer eine Frau die Regierung mit fünf weiteren Ministerinnen im Kabinett an. Der Frauenanteil im Landtag liegt bei rund 36 Prozent. In Baden-Württemberg beträgt er lediglich rund 25 Prozent; am Kabinetttisch sitzen vier Ministerinnen. Im Deutschen Bundestag beträgt der Frauenanteil aktuell nur noch knapp 31 Prozent. Neben der Bundeskanzlerin tragen sechs Frauen als Ministerinnen politische Verantwortung. Lediglich ein weiteres Bundesland wird neben Rheinland-Pfalz von einer Frau als Ministerpräsidentin regiert.

Bei den letzten Nationalratswahlen im Herbst 2015 wurden 32 Prozent Frauen in den Schweizerischen Nationalrat gewählt. Das ist der höchste Anteil, seit die Schweizerinnen 1971 bei den eidgenössischen Wahlen politische Rechte erlangten. Im Ständerat hingegen ist der Frauenanteil seit 2003 rückläufig und beträgt gerade noch 15 Prozent. Auf kantonaler Ebene sind die Zahlen bis auf wenige Ausnahmen ähnlich oder noch tiefer. Spitzenreiter ist Basel-Landschaft mit fast 38 Prozent, gefolgt vom Aargau mit 36 Prozent und Zürich mit 34 Prozent.

„Da die Schweizer Frauen erst 1971 als letzte in Europa das Frauenstimm- und Wahlrecht erhalten haben, ist der Nachholbedarf in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft immer noch groß. Bei der gesetzlichen Gleichstellung wurde viel erreicht, bei der tatsächlichen Gleichstellung wie beispielsweise der Lohndiskriminierung schon beim Berufseinstieg und der Unterrepräsentation der Frauen auf allen politischen Ebenen ist noch viel zu tun. Als größter Frauendachverband der Schweiz startet alliance F nun mit der Kampagne „FrauMachtPolitik“ #helvetiaruft für mehr Frauen auf den Listen für die nationalen Wahlen 2019“, erklärte Maya Graf, Nationalrätin des Kantons Basel und Co-Präsidentin von alliance F.



PRESSEDIENST

STAATSKANZLEI
Mainz, 8.11.2018

Frankreich hat bereits im Jahr 2001 ein „Loi sur la parité“ verabschiedet. Es gewährleistet Frauen und Männern den gleichen Zugang zu Wahlämtern und Mandaten. Dem waren eine intensive gesellschaftliche Diskussion sowie die Ergänzung der französischen Verfassung vorausgegangen. In Frankreich steht dabei der Begriff der Egalité, also der Gleichheit der Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, im Mittelpunkt. Bei den Regionalwahlen 2015 kandidierten pro Partei und Wahlkreis Zweierteams, sogenannte Binômes, aus einer Frau und einem Mann. Der Frauenanteil unter den Gewählten lag damit bei 50 Prozent.

„Die Region Grand Est setzt sich aktiv dafür ein, die Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern in der Verwaltung und in der Politik weiter zu verringern. Ich glaube fest an die Bereitschaft jedes und jeder Einzelnen, positive Maßnahmen zu ergreifen“, erklärte Jean Rottner, Präsident des Regionalrates Grand Est. „Die Suche nach Lösungen für mehr Gleichheit ist ein gemeinsames Unterfangen. Männer und Frauen spielen zusammen eine Schlüsselrolle, wenn es darum geht, sicherzustellen, dass der erwartete gesellschaftliche Wandel in allen Lebensbereichen stattfindet, von der Schule über die Arbeit bis hin zum Privatleben. Der Oberrhein hat ein enormes Potenzial, die Sache der Geschlechtergleichstellung voranzutreiben. Wir können auch hier eine Modellregion werden“ betonten Claudine Ganter und Alexandre Cassaro, Regionalratsmitglieder der Region Grand Est. Alexandre Cassaro ist zugleich Beauftragter für Gleichstellung im Regionalrat.

„Man könnte meinen, das Thema, wie stark Frauen in führenden Positionen in der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft vertreten sein sollen, hätte sich schon längst erledigt. Dass dem nicht so ist, zeigt sich jeden Tag im politischen Diskurs und auch wenn ambitionierte Frauen erleben, wie mühsam nach wie vor der Weg in verantwortungsvolle Positionen ist“, erklärte Evi Julier, Sprecherin des Frauennetzwerks und Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Landau. „Meine tägliche Erfahrung mit engagierten Frauen, die souverän ihren Weg gehen, macht mich zuversichtlich, dass dem Wandel in der Gesellschaft ein Wandel in den Köpfen folgen wird. Dafür braucht es nicht zuletzt Vorbilder, wie wir sie anlässlich unseres Kongresses heute vorgestellt und erlebt haben.“



PRESSEDIENST

STAATSKANZLEI
Mainz, 8.11.2018

Der Kongress bot die Gelegenheit zur Vernetzung engagierter Frauen und Männer aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Den Auftakt machte Prof. Dr. Francesca Vidal von der Universität Koblenz-Landau mit einer Analyse von aktuellen Wahlplakaten und Beispielen aus den letzten hundert Jahren. Demnach zieht die mediale Darstellung von politisch engagierten Frauen auch heute nicht mit der von Politikern gleich, da die Darstellung vielfach noch immer auf Geschlechterstereotypen beruht. Im Anschluss diskutierten Persönlichkeiten aus allen drei Ländern über ihre persönlichen Erfahrungen sowie über aktuelle Herausforderungen für Frauen in der Politik.

Organisiert wurde der Kongress vom Frauennetzwerk am Oberrhein, das sich 2016 auf der Grundlage eines vom Bezirksverband Pfalz, der PAMINA-Volkshochschule und dem Verein FemmesPAMINAFrauen organisierten und von der Oberrheinkonferenz finanzierten Projekts zur gesellschaftlichen und politischen Beteiligung von Frauen am Oberrhein gegründet hat. Unterstützt wurde es dabei von der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, der Région Grand Est und dem schweizerischen Generalkonsulat in Straßburg. Das Frauennetzwerk Oberrhein versteht sich als offene Dachorganisation zur Vernetzung engagierter und interessierter Frauen aus Frankreich, Deutschland und der Schweiz.